

Beiträge zum Beamtenrecht

Band 3

Verfassungsprobleme der Versorgungsüberleitung

**Zur Erstreckung westdeutschen
Rentenversicherungsrechts auf die neuen Länder**

Von

Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten

Zweite, ergänzte Auflage



Duncker & Humblot · Berlin

DETLEF MERTEN

Verfassungsprobleme der Versorgungsüberleitung

Beiträge zum Beamtenrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. Detlef Merten und Prof. Dr. Helmut Lecheler

Band 3

Verfassungsprobleme der Versorgungsüberleitung

**Zur Erstreckung westdeutschen
Rentenversicherungsrechts auf die neuen Länder**

Von

Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten

Zweite, ergänzte Auflage



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Merten, Detlef:

Verfassungsprobleme der Versorgungsüberleitung : zur
Erstreckung westdeutschen Rentenversicherungsrechts auf die
neuen Länder / von Detlef Merten. – 2., erg. Aufl. – Berlin :
Duncker und Humblot, 1994

(Beiträge zum Beamtenrecht ; Bd. 3)

ISBN 3-428-08106-4

NE: GT

1. Auflage 1993

Alle Rechte vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0940-676X

ISBN 3-428-08106-4

Vorwort zur 2. Auflage

Die Rentenüberleitung, insbesondere die Überführung der Versorgungssysteme, hat sich als eines der schwierigsten Kapitel der Wiedervereinigung erwiesen. Viele rigide Regelungen sind politisch und verfassungsrechtlich nach wie vor umstritten, zumal Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts noch ausstehen und der nachbessernde Gesetzgeber der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nur auf halbem Wege gefolgt ist. So wundert es nicht, daß die vorliegende Untersuchung wenige Wochen nach ihrem Erscheinen vergriffen war. Die Neuauflage berücksichtigt im Rahmen des Möglichen die Entwicklung in Rechtsprechung und Schrifttum.

Speyer, im Mai 1994

Detlef Merten

Vorwort zur 1. Auflage

Die Vergangenheit der zweiten deutschen Diktatur, die im Unterschied zur ersten keine Rassen-, sondern Klassenvorherrschaft erstrebte, darf nur in den Grenzen und mit den Mitteln des freiheitlichen Rechtsstaats bewältigt werden. Verboten sich deshalb „kurze Prozesse“ und Kollektivstrafen, so ist doch Sühne für kriminelles Unrecht nicht ausgeschlossen, wenn und soweit man Verfassungsfehltritte vermeidet.

Falls jedoch die Strafverfolgung aus wohlwogenen rechtsstaatlichen Gründen innehalten muß, kann das Sozialversicherungsrecht nicht an seine Stelle treten. Wegen seiner Wertneutralität und moralischen Indifferenz ist es von vornherein als pönales Ersatzinstrument untauglich und als solches auch nur in dunklen Stunden deutscher Geschichte benutzt worden. Bei der Überleitung von Versorgungsansprüchen und -anwartschaften hat sich der Gesetzgeber allerdings von Kollektivsanktionen nicht freigehalten. Obwohl dem Rentenüberleitungsgesetz auf Grund der Anhörung von Sachverständigen die schlimmsten Drachenzähne gezogen werden konnten, kann es trotz zweimaliger Novellierung verfassungsrechtlich noch nicht als unbelastet eingestuft werden. Pauschale Diskriminierungen und ungerechtfertigte Prangerwirkungen aufzudecken, ist das Anliegen nachfolgender Untersuchung, die aus einem Gutachten hervorgegangen ist.

Detlef Merten

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Die Überleitung westdeutschen Rentenversicherungsrechts auf die neuen Bundesländer 11

A. Ziel des Gesetzes	11
B. Die Altersversorgung in der ehemaligen DDR	12
I. Pflicht- und Zusatzversicherung	12
1. Sozialpflichtversicherung	12
2. Freiwillige Zusatzrentenversicherung	13
II. Zusatz- und Sonderversorgung	13
1. Zusatzversorgungssysteme	13
2. Sonderversorgungssysteme	14
C. Das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG)	15
I. Allgemeine Grundsätze	15
1. Überführung der Versorgungssysteme in die Rentenversicherung	15
2. Die Bedeutung des Arbeitsentgelts oder Arbeitseinkommens	16
II. Bereichs- und/oder funktionspezifische Ausnahmen	17
1. „Staatsnahe“ Versorgungssysteme	17
2. „Staatsnahe“ Tätigkeiten	20
3. Ausnahme-Exemtionen	21
4. Versorgungssystem des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/ Amtes für Nationale Sicherheit	21
III. Begrenzung der Rentenzahlbeträge	22
D. Das Versorgungsrühensgesetz	23

Zweiter Teil

Der Rentenzugriff als strafähnliche Sanktion 25

A. Das Rechtsstaatsprinzip	25
I. Der Grundsatz „nulla poena sine culpa“	25

1. Zum Rechtsstaatsprinzip	25
2. Der Menschenwürde-Satz	27
II. Seine Geltung für Strafen und strafähnliche Sanktionen	29
1. Zur Abgrenzung	29
2. Beamtenrechtliche Disziplinarmaßnahmen	30
3. Verwirkung von Grundrechten	31
4. Zugriff auf Renten als strafähnliche Sanktion	33
a) Strafähnliche Sanktionen im Rechtsstaat	33
b) Die strafähnliche Zielsetzung des Anspruchs- und Anwartschafts- überführungsgesetzes	35
aa) Entstehungsgeschichte	35
aaa) Renten-Überleitungsgesetz	35
bbb) Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	36
bb) Gesetzeswortlaut und -systematik	38
5. Rentenkürzungen infolge Renten„verwirkung“?	39
a) Die Verwirkung im allgemeinen	39
b) Verwirkung von Ansprüchen durch treuwidriges Verhalten	39
aa) Sonderregelungen im Hinblick auf Beweisschwierigkeiten	39
bb) Zur Übertragbarkeit auf die Rentenüberleitung	40
6. Zur Verfassungswidrigkeit einer Renten„konfiskation“	41
a) Enteignung und Konfiskation	42
b) Die Problematik einer „Vermögensstrafe“	45
aa) Der Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG	45
bb) Öffentlich-rechtliche Geldleistungspflichten als Grundrechts- behinderung	46
c) Zur Divergenz zwischen Vermögensstrafe und Rentenkonfiskation	48
B. Die Systemwidrigkeit quasi-pöner pauschaler Sanktionen im Rentenver- sicherungs- und Beamtenrecht	48
I. Die Bedeutung einer Systemwidrigkeit	49
II. Die Wertneutralität des Sozialversicherungsrechts	49
1. Der Schutzzweck	49
2. Leistungsveragung bei Rechtsmißbrauch	51
3. Ruhen der Rente bei „staatsfeindlicher“ Betätigung	53
4. Der Entwurf einer „lex Tiedge“	54
5. Nachversicherung nach Ende des Zweiten Weltkriegs	55
6. Keine Wiedergutmachungsfunktion des Sozialversicherungsrechts	56
7. Zur Systemwidrigkeit des Anspruchs- und Anwartschaftsüberfüh- rungsgesetzes	58

Inhaltsverzeichnis	5
III. Beamtenrechtliche Prinzipien	59
1. Einbußen in der Besoldung oder Versorgung	59
2. Die Sondersituation nach dem Zusammenbruch	60
a) Die Regelungen des Art. 131 GG und seiner Ausführungsgesetze	60
b) Die Erlöschens-These des Bundesverfassungsgerichts	62
c) Vergangenheitsbewältigung nach dem Ende des „Dritten Reichs“ und der DDR	65

Dritter Teil

Grundrechtsschutz für erworbene Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften	68
A. Die Versorgung als hergebrachter beamtenrechtlicher Grundsatz (Art. 33 Abs. 5 GG)	68
B. Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG	70
I. Der Schutz sozialversicherungsrechtlicher Positionen	70
II. Überpositive Garantie von Rentenansprüchen?	70
III. Territoriale und personale Geltung der Grundrechte	71
1. Territoriale Geltung der Grundrechte	72
2. Personale Geltung der Grundrechte	72
a) Die Grundrechtsträgerschaft	72
b) Die staatliche Schutzpflicht	74
IV. Grundrechtsbindung bei der Bewältigung außerordentlicher Vergangenheitssituationen	77
V. Die Bedeutung des Art. 20 des Staatsvertrages	78
1. Unbeachtlichkeit wegen Untergangs der DDR?	78
2. Rechte der Bürger auf Grund des Staatsvertrages	79
3. Art. 20 des Staatsvertrages als Bestandsgarantie	79
4. Die Doppelgarantie des Einigungsvertrags	80
a) Die Bekräftigung der Bestandsgarantie des Staatsvertrages	80
aa) Die Bestandsgarantie als Erwerbsschutz	81
bb) Die Bestandsgarantie als „Ergebnisschutz“	82
b) Die „Zahlbetragsgarantie“	84
5. Zahlbetragsgarantie als Realwertgarantie	86
a) Zur Unterscheidung von Nominalwert und Tauschwert	86
b) Die Anpassungsbedürftigkeit der Altersversorgung	86
c) Folgen für die Zahlbetragsgarantie	87

VI. Verfassungswidrigkeit des § 10 Abs. 1 AAÜG	88
1. Formaler Verstoß gegen den Einigungsvertrag?	88
a) Rechtssetzungsermächtigung als bloße Befugnis	88
b) Zur Rangqualität des Einigungsvertrages	89
c) Zur Abänderbarkeit des bundesrechtlich geltenden Einigungsvertrages	90
aa) Der Doppelcharakter des Einigungsvertrages	90
bb) Die Derogationsbefugnis des Gesetzgebers	91
d) Formelle und materielle Abänderbarkeit von Gesetzen	93
2. Unvereinbarkeit des § 10 Abs. 1 AAÜG mit Art. 14 GG	94
a) Die Modifizierung der Zahlbetragsgarantie durch eine Zahlbetragsbegrenzung	94
b) Zulässigkeit der Höchstbetragsregelung infolge Kürzungsvorbehalts?	95
c) Beschränkungsmöglichkeiten nach Art. 14 GG	97
aa) Kürzungen zum „Zweck des Gemeinwohls“?	97
bb) Die Schrankenschanke der Verhältnismäßigkeit	99
aaa) Das Erforderlichkeitsprinzip	100
bbb) Proportionalität und Zumutbarkeit	100
cc) Unvereinbarkeit mit der Eigentumsgarantie	101
d) Abweichung von Grundrechten nach Art. 143 Abs. 1 GG n.F.	102
VII. Verfassungswidrigkeit des § 10 Abs. 2 AAÜG	102
VIII. Verfassungswidrigkeit des § 6 Abs. 1 i. V. m. Anl. 3 AAÜG	105
1. Zweck der Beitragsbemessungsgrenze	105
2. Regelungen im Staatsvertrag und Einigungsvertrag	106
a) Die „Überführung“ von Ansprüchen und Anwartschaften	107
aa) Der Begriff in der Gesetzessprache	107
bb) Die Versorgungs„überführung“	108
b) Spezielle Beschränkungsermächtigungen	111
aa) Zur Abschaffung „ungerechtfertigter“ Leistungen	111
bb) Abbau „überhöhter“ Leistungen	111
cc) Die Nivellierung des § 6 Abs. 1 AAÜG	112
c) Der Schutz des Art. 14 Abs. 1 GG	113
IX. Verfassungswidrigkeit der §§ 6 Abs. 2 und 3, 7 i. V. m. Anl. 4 bis 6 AAÜG	114
1. Die Regelung des § 7 AAÜG	114
2. Die Regelungen in § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG	116

Vierter Teil

Nivellierungen und Differenzierungen bei der Versorgungsüberleitung	118
A. Der Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	118
I. Willkürverbot und Sachlichkeitsgebot	118
II. Das Postulat der Gruppengerechtigkeit	119
B. §§ 6, 7 AAÜG auf dem Prüfstand des Gleichheitssatzes	121
I. Unvereinbarkeit des § 6 Abs. 1 i. V. m. Anl. 3 AAÜG mit Art. 3 Abs. 1 GG	121
1. Der Außenvergleich	121
2. Der Binnenvergleich	124
II. Unvereinbarkeit des § 6 Abs. 2 und 3 i. V. m. Anl. 4, 5 und 8 AAÜG mit Art. 3 Abs. 1 GG	126
1. Der Degressionseffekt bei der Einkommensanrechnung	126
2. Sachgerechte Differenzierungen bei einkommensadäquater Versorgungsüberleitung	127
a) Abbau überhöhter Leistungen	127
b) Berücksichtigung von Verstößen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit?	129
aa) Zur Breite der Funktionen in „staatsnahen“ Versorgungssystemen	130
bb) Die Problematik einer Unrechtsbehebungsgrenze	132
cc) Zur Widerspruchsfreiheit einer Rechtsordnung	133
III. Unvereinbarkeit des § 7 i. V. m. Anl. 6 AAÜG mit Art. 3 Abs. 1 GG	135
C. § 10 AAÜG auf dem Prüfstand des Gleichheitssatzes	139
I. Unvereinbarkeit des § 10 Abs. 1 AAÜG mit Art. 3 Abs. 1 GG	139
1. § 10 Abs. 1 Satz 2 AAÜG	139
2. § 10 Abs. 1 Satz 1 AAÜG	141
II. Unvereinbarkeit des § 10 Abs. 2 AAÜG mit Art. 3 Abs. 1 GG	142
Zusammenfassung	143
Sachverzeichnis	150

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	= anderer Ansicht
a. E.	= am Ende
aaO	= am angegebenen Ort
AAÜG	= Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes
Abg.	= Abgeordnete(r)
abgedr.	= abgedruckt
ABl.	= Amtsblatt
ALR	= Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten, 1794
ÄndG	= Änderungsgesetz
AöR	= Archiv des öffentlichen Rechts
arg.	= argumentum
AVG	= Angestelltenversicherungsgesetz
B-VG	= (österr.) Bundes-Verfassungsgesetz
BAG	= Bundesarbeitsgericht
BayGVBl.	= Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BayVBl.	= Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGh	= Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	= Betriebsberater
BBesG	= Bundesbesoldungsgesetz
BBG	= Bundesbeamtengesetz
BDO	= Bundesdisziplinarordnung
BEG	= Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz)
Beschl.	= Beschluß
BetrAVG	= Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof
BGHSt	= Bundesgerichtshof, Entscheidungen in Strafsachen
BGHZ	= Bundesgerichtshof, Entscheidungen in Zivilsachen
BR	= Bundesrat
BRRG	= Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz)
BRÜG	= Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz)
BSG	= Bundessozialgericht
BT	= Bundestag
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	= Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
BWGöD	= Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes
CDU	= Christlich Demokratische Union
DA	= Deutschland Archiv

DAnGVers.	= Die Angestellten-Versicherung
DBD	= Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBG	= Deutsches Beamtengesetz
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
dens.	= denselben
ders.	= derselbe
DÖV	= Die Öffentliche Verwaltung
DRiG	= Deutsches Richtergesetz
DRiZ	= Deutsche Richterzeitung
Drucks.	= Drucksache
DRV	= Deutsche Rentenversicherung
DStR	= Deutsches Steuerrecht
DtZ	= Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift
DVBl.	= Deutsches Verwaltungsblatt
E	= Entscheidungen
EGBGB	= Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Erl.	= Erläuterung
EuGRZ	= Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EV	= Einigungsvertrag
f.	= folgend(e)
FamRZ	= Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	= Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	= Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
ff.	= fortfolgend(e)
FN	= Fußnote
FZR	= Freiwillige Zusatzrentenversicherung (in der ehemaligen DDR)
G	= Gesetz
G 131	= Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen
GBI.	= Gesetzblatt
Gestapo	= Geheime Staatspolizei
GG	= Grundgesetz
GrS	= Großer Senat
GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt
Hg.	= Herausgeber
HStR	= Handbuch des Staatsrechts
HwVG	= Handwerkerversicherungsgesetz
i. d. F.	= in der Fassung
JGG	= Jugendgerichtsgesetz
JöR	= Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JR	= Juristische Rundschau
JuS	= Juristische Schulung
JZ	= Juristenzeitung
KG	= Kammergericht
L	= Leitsatz
l.	= links, linke
LAG	= Landesarbeitsgericht
LDPD	= Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
lit.	= Buchstabe
M	= Mark (der ehemaligen DDR)
MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
NDPD	= Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	= Neue Folge

NJ	= Neue Justiz
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
NS	= Nationalsozialismus
NVwZ	= Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	= Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OLG	= Oberlandesgericht
österr.	= österreichisch (e, es)
OVG	= Oberverwaltungsgericht
ÖZW	= Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
Prot.	= Protokoll
r.	= rechts, rechte
RGBL	= Reichsgesetzblatt
RGZ	= Reichsgericht, Entscheidungen in Zivilsachen
RKG	= Reichsknappschaftsgesetz
RLM	= Reichsluftfahrtministerium
RN	= Randnummer/Randnote
RRG 1992	= Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung
Rü-ErgG	= Gesetz zur Ergänzung der Rentenüberleitung (Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz)
RÜG	= Renten-Überleitungsgesetz
RÜG-ÄndG	= Gesetz zur Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes
RVO	= Reichsversicherungsordnung
SA	= Sturmabteilung
Sachgeb.	= Sachgebiet
SBZ	= Sowjetisch besetzte Zone
SD	= Sicherheitsdienst
SED/PDS	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus
SGB	= Sozialgesetzbuch
Sgb.	= Die Sozialgerichtsbarkeit
Sp.	= Spalte
SS	= Schutzstaffel
st. Rspr.	= ständige Rechtsprechung
Sten. Prot.	= Stenographische Protokolle
StGB	= Strafgesetzbuch
SVO	= (DDR-)Verordnung zur Sozialpflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten
Urt.	= Urteil
VerfGH	= Verfassungsgerichtshof
VersRG	= Versorgungsrückstellungsgesetz
v. H.	= vom Hundert
Vorbem.	= Vorbemerkung
VSSR	= Vierteljahresschrift für Sozialrecht
VVDStRL	= Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVG	= Versicherungsvertragsgesetz
WP	= Wahlperiode
ZaöRV	= Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBR	= Zeitschrift für Beamtenrecht
ZPO	= Zivilprozeßordnung
ZRP	= Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	= Zeitschrift für Sozialreform

Erster Teil

Die Überleitung westdeutschen Rentenversicherungsrechts auf die neuen Bundesländer

A. Ziel des Gesetzes

Das Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz – RÜG)¹ soll, wie auch sein Langtitel deutlich macht, ein einheitliches Renten- und Unfallversicherungsrecht für ganz Deutschland schaffen. Dabei wird grundsätzlich das in der Bundesrepublik geltende, teilweise vor der Wiedervereinigung gerade kodifizierte² Recht der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung auf das Beitrittsgebiet³ erstreckt. Harmonisierungsprobleme sowie Zeitnot und Hektik des Gesetzgebers sind äußerlich daran erkennbar, daß das Renten-Überleitungsgesetz bereits vor seinem Inkrafttreten⁴ durch ein Änderungsgesetz⁵ und knapp achtzehn Monate danach durch ein Ergänzungsgesetz⁶ in mehreren Vorschriften novelliert werden mußte, wobei letzteres auch die „Klarstellung von Regelungsinhalten“ bezweckte⁷.

Rentenüberleitung und Rentenvereinheitlichung sind Folge früherer Vereinbarungen im Zuge des Beitritts der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Bereits im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirt-

¹ Vom 25. 7. 1991 (BGBl. I S. 1606).

² Das Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992 – RRG 1992) vom 18. 12. 1989 (BGBl. I S. 2261), das am 1. 1. 1992 in Kraft trat, faßte das bis dahin in verschiedenen Gesetzen (RVO, AVG, RKG, HwVG) geregelte Recht materiell-rechtlich im SGB VI zusammen.

³ Vgl. Art. 3 EV.

⁴ Gemäß seinem Art. 42 Abs. 1 trat das Gesetz am 1. 1. 1992 in Kraft. Abweichend hiervon traten gemäß Art. 42 Abs. 2 bis 10 einige Bestimmungen früher in Kraft. Art. 1 Nr. 33 lit. b des Gesetzes trat erst am 1. 1. 1993 in Kraft (Art. 42 Abs. 11).

⁵ Gesetz zur Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes (RÜG-ÄndG) vom 18. 12. 1991 (BGBl. I S. 2207).

⁶ Gesetz zur Ergänzung der Rentenüberleitung (Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz – Rü-ErgG) vom 24. 6. 1993 (BGBl. I S. 1038). Der feine Unterschied zwischen „Änderung“ und „Ergänzung“ ist legistisch nicht erklärlich, da das Änderungsgesetz auch ergänzt und das Ergänzungsgesetz ändert.

⁷ So die Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Rentenüberleitung vom 27. 4. 1993 (BT-Drucks. 12/4810, S. 2 sub B III).

schafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik⁸ (Staatsvertrag) waren die Vertragsparteien in Art. 20 Abs. 1 und 23 Abs. 1 übereingekommen, daß die DDR alle erforderlichen Maßnahmen einleitet, um ihr Renten- und Unfallversicherungsrecht an das der Bundesrepublik Deutschland anzugleichen. Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag⁹) sieht in seinem Art. 30 Abs. 5 vor, daß die „Einzelheiten der Überleitung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (Rentenversicherung) und der Vorschriften des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung)“ in einem Bundesgesetz geregelt werden.

Die Rentenüberleitung erwies sich als schwierig, weil die Rentenversicherungssysteme in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich und daher nicht ohne weiteres kompatibel waren.

B. Die Altersversorgung in der ehemaligen DDR

I. Pflicht- und Zusatzversicherung

1. Sozialpflichtversicherung

In der ehemaligen DDR bestand eine umfassende Sozialpflichtversicherung mit Versicherungsschutz vor den Risiken des Alters, der Invalidität und des Todes. Pflichtversichert waren einerseits die „Werkstätigen“ in der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten beim FDGB¹⁰, andererseits Selbständige und Genossenschaftsmitglieder in der Staatlichen Versicherung der DDR¹¹. Die Beitragsbemessungsgrenze lag bei 600,- M im Monat. Altersrenten aus der Pflichtversicherung wurden nach Erreichen der Altersgrenze und einer mindestens fünfzehnjährigen versicherungspflichtigen Tätigkeit gezahlt. Sie betragen

⁸ Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990 (BGBl. II S. 537) – auch abgedr. in: Stern/Schmidt-Bleibtreu, Staatsvertrag, 1990, S. 79 ff. –; siehe auch Gesetz zu dem Vertrag vom 18. 5. 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. 6. 1990 (BGBl. II S. 518) – abgedr. bei Stern/Schmidt-Bleibtreu, Staatsvertrag, S. 239. Der Vertrag trat am 30. 6. 1990 in Kraft; vgl. die Bekanntmachung vom 17. 7. 1990 (BGBl. II S. 700).

⁹ Vom 31. 8. 1990 (BGBl. II S. 889), auch abgedr. in: Stern/Schmidt-Bleibtreu, Einigungsvertrag und Wahlvertrag, 1990, S. 91 ff.

¹⁰ Vgl. Verordnung zur Sozialpflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten (SVO) vom 17. 11. 1977 (GBl. I S. 373).

¹¹ Verordnung über die Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. 12. 1977 (GBl. I 1978 S. 1).

als Mindestrente je nach Zahl der Arbeitsjahre zuletzt 330,- bis 470,- M und konnten höchstens 510,- M erreichen.

2. *Freiwillige Zusatzrentenversicherung*

Die Grundsicherung durch die Sozialpflichtversicherung wurde durch eine Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) für Bezieher eines Einkommens oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze ergänzt. Von der Möglichkeit einer Zusatzversicherung machten etwa 85 v.H. aller Berechtigten Gebrauch, so daß 1989 mehr als ein Drittel aller Altersrentner sowie die Hälfte aller Invalidenrentner eine Zusatzrente bezogen, die durchschnittlich jedoch nur knapp 100,- M¹² ausmachte.

II. Zusatz- und Sonderversorgung

Neben der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung bestanden Zusatz- und Sonderversorgungssysteme für bestimmte Gruppen.

1. *Zusatzversorgungssysteme*

Die im einzelnen unübersichtlichen Zusatzversorgungssysteme betrafen nicht nur Mitglieder des Staatsapparates sowie gesellschaftlicher Organisationen und des FDGB, sondern auch die sog. wissenschaftliche und technische Intelligenz, Ärzte, Künstler und Mitglieder des Schriftstellerverbandes bis zu Ballettmitgliedern. Das Renten-Überleitungsgesetz führt 27 verschiedene Zusatzversorgungssysteme auf¹³.

Sinn der Zusatzversorgung war es, den Berechtigten einen prozentualen Teil ihres letzten Erwerbseinkommens (in der Regel 90 v.H. des Nettolohns) unter Anrechnung der Rente aus der Sozialpflichtversicherung zu sichern. Die Einbeziehung war für manche Berufsgruppen (z.B. Hochschullehrer, Pädagogen, Mediziner in bestimmten Funktionen) obligatorisch, konnte aber auch im Einzelfall durch Ministerentscheidung erfolgen.

Erst ab 1971 wurde eine Beitragspflicht für die Zusatzversorgung eingeführt. Auch danach hatten jedoch Versorgungsberechtigte in den Zusatzversorgungssystemen

¹² Vgl. im einzelnen Schulin, Sozialrecht, 5. Aufl., 1993, RN 963 ff.; Andreas Polster, Grundzüge des Rentenversicherungssystems der Deutschen Demokratischen Republik, in: DRV 1990, S. 154 ff.; Hans-Jörg Bonz, Die Sozialversicherung in der DDR und die „Politik der Wende“, in: ZSR 1990, S. 11 ff.; Volker Meinhardt/Heinz Vortmann, Vereinheitlichung des Rentenrechts, in: DA 1991, S. 1254 ff.; Ulrich Lohmann, in: Hans F. Zacher (Hg.), Alterssicherung im Rechtsvergleich, 1991, S. 193 ff.

¹³ Art. 3 Anl. 1 RÜG.